

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 4/22. Jg.

Mitteilungsblatt

November 2016

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unserer kürzlich verstorbenen Kollegen, die viele Jahre aktiv in unserem Arbeitskreis mitarbeiteten: des Philosophen Robert Steigerwald, der Faschismusforscher Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, des Publizisten Georg Grasnack und des Philosophen Günter Söder.

In dieser Nummer dokumentieren wir den Einführungsvortrag von Eckart Mehls auf unserer Donnerstags-Veranstaltung am 8. September d.J., die der Entwicklung Polens im Jahre 1956 gewidmet war. Prof. Mehls macht die vielfältigen historischen Bezüge dieser Problematik und die komplizierten spezifischen Bedingungen, unter denen diese Entwicklung vor sich ging, deutlich. Er wertet sie als entscheidenden Umbruch in der Geschichte der Volksrepublik Polen, insbesondere in Hinblick auf die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die Abkehr vom sowjetischen Entwicklungsmodell (z.B. der Behandlung des Privateigentums, vor allem der Bauern), die veränderte Haltung zur Religion und zur katholischen Kirche und die Liberalisierung des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens. Er vermittelt einen instruktiven Überblick über die gegenwärtigen polnischen Debatten zur Geschichte der Volksrepublik und einen hochinteressanten Einblick in die Veränderung

und Aktivierung der Politik insbesondere der USA gegenüber Polen angesichts des Umbruchs von 1956 sowie deren Formen und Methoden.

Ferner informiert diese Ausgabe über die Veranstaltungen des Arbeitskreises von November 2016 bis Mai 2017.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Eckart Mehls	
Die polnische Krise im Herbst 1956	S. 3
Veranstaltungen des Arbeitskreises November 2016 – Mai 2017	S. 14

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises per E-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2017.

Prof. Dr. Eckart Mehls

Die polnische Krise im Herbst 1956

Kein Versuch, eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen der schweren politischen Krise der Volksrepublik Polen im Herbst 1956 zu geben, kommt an der Notwendigkeit vorbei, weit in die Vorgeschichte zurückzublicken. Die dazu vorliegende Literatur, mit der versucht wurde, auf diese Frage eine Antwort zu geben, von welchem Standpunkt und Aussagewert auch immer, ist schon überhaupt nicht mehr zu überblicken – und dies kann in dem hier gesteckten Rahmen auch nicht einmal ansatzweise unternommen werden.

Dabei gehe ich jedoch davon aus, dass wesentliche Zusammenhänge, Geschehnisse und Entwicklungen weitgehend bekannt sind. Einige jener Faktoren, die nicht unberücksichtigt bleiben können, seien an dieser Stelle aber wenigstens stichwortartig genannt.[\[1\]](#)

Ganz im Vordergrund steht das Problem des Verhältnisses Polen-Russland und seiner Entwicklung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Teilungen Polens mit ihren Folgen für die besondere Sensibilität für das Problem der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität eines eigenständigen Staates, die weite Verbreitung, um nicht zu sagen Verinnerlichung, antirussischer Stimmungen in großen Teilen der polnischen Bevölkerung, die Kompliziertheit der polnisch-sowjetischen Beziehungen vom polnisch-sowjetrussischen Krieg über den Rigaer Frieden, den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag 1939 und seine Polen betreffenden Aspekte – all diese nur angedeuteten Probleme wären bei einer umfassenden Betrachtung eigentlich ausführlicher zu berücksichtigen. Gleiches trifft natürlich auf die gerade in letzter Zeit wieder kontrovers diskutierte und bewertete Problematik des Warschauer Aufstandes 1944 zu. Und auch das schwierige Kapitel der Beziehungen der polnischen Exilregierung in London zur UdSSR gehört ebenso in diesen Zusammenhang wie die Bewertung der in schweren und opferreichen Kämpfen erfolgten Vertreibung der faschistischen Aggressoren durch die Rote Armee und das damit gesicherte Überleben des polnischen Volkes und die Existenz eines eigenen polnischen Staates.

Für die im Juli 1944 die Macht in Nachkriegspolen übernehmenden linken Kräfte kam als besondere Schwierigkeit hinzu, dass es einerseits, nicht zuletzt als direkte Folge der brutalen Verfolgung durch die Diktatur Piłsudskis und seiner Nachfolger, eine relativ geringe Verankerung der Politik und des Ideengutes der polnischen Kommunisten im Zwischenkriegspolen gegeben hat, erschwert durch die 1938 erfolgte Auflösung der KPP durch das EKKI und die Liquidierung der nach Moskau einbestellten Führungskader der KPP.

Ungeachtet des erbitterten Widerstandes des politischen Gegners (der bewaffnete Kampf antikommunistischer Kräfte dauerte bis zur Mitte der 50er Jahre an) gelang es der neuen politischen Führung, in der Władysław Gomułka in seiner Funktion als Erster Sekretär zunächst der PAP und nachfolgend der PVAP eine herausragende Rolle spielte, durch ein überzeugendes Programm relativ schnell eine breite Zustimmung der werktätigen Schichten der polnischen Bevölkerung zu einer grundlegend neuen Politik zu erzielen. In den ersten Jahren der Volksmacht fand bekanntlich eine breite öffentliche Diskussion über den "polnischen Weg zum Sozialismus" statt, die allerdings im Jahre 1948 (im Zusammenhang mit den Kominformbeschlüssen zu Jugoslawien) ein jähes Ende fand. Gomułka wurde aus seiner Parteifunktion und seiner staatlichen Funktion als stellv. Ministerpräsident entlassen, verhaftet und, ohne dass es zu einem angedachten Schauprozess gekommen ist, bis 1954 im Hausarrest gefangen gehalten.

Das internationale Umfeld, insbesondere die von den USA forciert betriebene Politik des "containment", bestimmte in zunehmendem Maße die Reaktion der sowjetischen Führung, insbesondere die verstärkte Durchsetzung enger Bindungen der Volksdemokratien an die Führungsmacht UdSSR, was die absolute Beendigung aller Ideen und Projekte "nationaler Wege

zum Sozialismus" einschloss. Besondere Aufmerksamkeit widmete die sowjetische Führung dabei dem Nachbarland Polen, das als Verbindungsglied der SU zur sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR einen strategisch besonders wichtigen Platz einnahm. In allen militärischen und vielen nichtmilitärischen Schlüsselstellen des Staatsapparates in Polen spielten sowjetische Berater eine wichtige Rolle (Verteidigungsminister der VRP war der ehemalige sowjetische Marschall Rokossowski), was vor dem eingangs kurz geschilderten Hintergrund ein großes Spannungspotenzial mit sich brachte.^[2]

Nach Stalins Tod im März 1953 wurden auch in Polen deutliche Anzeichen des einsetzenden "Tauwetters" sichtbar, besonders ausgeprägt im geistig-kulturellen Bereich. Der II. Parteitag der PVAP im März 1954 leitete auf den ersten Blick vor allem politisch-ökonomische Kursänderungen ein. Unter der Oberfläche aber zeigten sich bereits mehr oder weniger deutlich Zeichen einer sich stetig vertiefenden Spaltung in der Führung der PVAP. Diese betrafen vor allem die politische Bewertung der Entwicklung in Polen seit 1948 und daraus abzuleitende Folgerungen. Es kam relativ schnell zur Herausbildung zweier mehr oder weniger fest gefügter Gruppierungen (nach den Orten ihrer Zusammenkünfte benannt als die "Natolinczyki" und "Pulawianczyki"), die, wie es hieß, einen "Krieg an der Spitze"^[3] führten. Ganz vordergründig spielten dabei unterschiedliche Positionen im Zusammenhang mit der Person Gomułkas, die Bewertung der seinerzeit so genannten "rechts-nationalistischen Abweichung" und immer mehr in den Vordergrund tretend Fragen nach der politischen Zukunft des ehemaligen Ersten Sekretärs der PVAP eine Rolle.

Ein gewisses Echo fanden diese innerparteilichen Auseinandersetzungen in einem markanten Aufleben des "Klublebens" intellektueller Kreise und im jugendlichen Milieu. Zentrale Punkte der Debatten im künstlerischen und philosophischen Bereich waren kritische Haltungen zum sozialistischen Realismus und die Forderung, dogmatische Erstarrungen des Marxismus aufzubrechen (Schaff, Kołakowski u.a.).

Ganz wesentlich trug die Affäre Józef Światło zum Aufheizen der in der Öffentlichkeit anwachsenden Spannungen bei. Światło, hochrangiger Offizier der polnischen Sicherheitsorgane, war 1953 von einer Dienstreise nach Berlin nicht nach Polen zurückgekehrt. Die Hoffnungen der politischen Führung in Warschau, dass es sich um die Entführung eines vertrauenswürdigen Kadres der Sicherheitsorgane gehandelt haben könnte, zerstoß am 28.9.1954. An diesem Tag präsentierte die polnische Redaktion des Senders Free Europe Światło in einer Sendereihe über Enthüllungen von Vorgängen hinter den Kulissen der Parteiführung und der Sicherheitsorgane, die in Polen zu einem folgenreichen Medienereignis wurde, wie von allen Autoren, die diesen Zeitabschnitt der Geschichte der VRP beschreiben, unterstrichen wird.

In der Partei- und Staatsführung griff hektische Betriebsamkeit um sich, es folgten rigorose strukturelle Konsequenzen in den Sicherheitsorganen. Die Diskussion um Verantwortlichkeiten für Fehler, Abweichungen und Verletzungen der Gesetzmäßigkeit zog immer weitere Kreise. Auf einer Tagung des zentralen Parteiaktivs der PVAP am 29./30.11.1954 entlud sich der angestaute Unmut vieler Funktionäre. Jan Ptasieński, seinerzeit stellv. Minister für öffentliche Sicherheit, beschreibt die Atmosphäre auf dieser Tagung wie folgt: "Dies war die erste Beratung, an der ich teilnahm, wo in scharfer, stürmischer Diskussion Worte der Kritik an der Tätigkeit des Politbüros, des Sekretariats des ZK, der Regierung und des Sejm fielen. Bierut, der wie alle von uns Kritik nicht liebte, war genötigt einzugestehen, dass sie, obwohl sehr scharf, doch auch gerechtfertigt war."^[4]

Unter Führung Bieruts nahm die Delegation der PVAP im Februar 1956 am XX. Parteitag der KPdSU teil. Bolesław Bierut, noch an den Folgen einer nicht voll ausgeheilten Lungenentzündung leidend, musste sich in Moskau ins Krankenhaus begeben, wo er wenige Tage nach der Rückkehr der PVAP-Delegation nach Warschau verstarb. Die PVAP, seit längerer Zeit belastet durch

hartnäckige Kämpfe in der Führung, stand vor einer überaus komplizierten Situation. Es ging nicht nur um die Neubesetzung der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK der Partei, sondern auch um die angesichts der Situation in Polen sehr heikle Frage, wie mit den Ergebnissen des XX. Parteitages umzugehen sei. Ein zusätzlich die Situation komplizierender Faktor war der am 19.2.1956 in der "Trybuna Ludu" veröffentlichte Beschluss einiger kommunistischer Parteien, dem zufolge nach gründlicher Prüfung der Materialien die 1938 durch das EKKI erfolgte Auflösung der KPP unbegründet war. Die sog. Geheimrede Chruschtschows in der geschlossenen Sitzung des XX. Parteitages blieb in Polen nicht "geheim" (viel spricht im Übrigen dafür, dass sie auch auf diesem Weg weltweit kein "Geheimnis" blieb^[5]) und heizte die ohnehin heftigen gesellschaftlichen Debatten zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte des Landes weiter an.

Die offene Kaderfrage wurde relativ unkompliziert durch die Wahl des Kompromisskandidaten Edward Ochab zum Nachfolger Bieruts an der Parteispitze in Anwesenheit Chruschtschows, der sich anlässlich des Begräbnisses Bieruts gerade in Warschau befand, am 20.3.1956 gelöst. Die in der Partei und weit darüber hinaus in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Bewertung der seinerzeitigen Abrechnung mit der "rechts-nationalistischen Abweichung" Gomułkas und über notwendige Korrekturen der Einschätzung der Person Gomułkas spitzte sich zunehmend zu. Im Sommer wurde überdies bekannt, dass Gomułka an Beratungen der Parteiführung teilnahm.

Eine erhebliche Verschärfung der immer offensichtlicher werdenden Krise des Landes brachte schließlich die Arbeiterrevolte in der letzten Junidekade 1956 in Poznań mit sich. Die Demonstration der mit plötzlichen Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen unzufriedenen Arbeiter, die unter der Losung "ŻĄDAMY CHLEBA" (Wir fordern Brot) begann und dann sehr schnell zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den herangeführten Sicherheitskräften und Schusswechseln mit insgesamt 57 Todesopfern eskalierte^[6], führte zu heftigen Auseinandersetzungen in der Führung der PVAP.

Auf der VII. Plenartagung des ZK der PVAP (18. - 28.7.1956) trafen die unterschiedlichen Standpunkte kontrovers aufeinander.^[7] In der Grundkonstellation der Fragestellung zur Bewertung der Ereignisse und der Reaktion der Staatsmacht („Werk konterrevolutionärer Kräfte“^[8] oder Ausdruck des Vertrauensverlustes der Arbeiterklasse in die Arbeiterpartei und Volksmacht) wurde keinerlei Einigung erzielt, man ging (nach 10-tägigen Beratungen, unterbrochen von einer zweitägigen Pause aus Anlass des Staatsfeiertages der VRP am 20. 7., zu dem der sowjetische Ministerpräsident Bulganin in Begleitung von Marschall Shukow in Warschau weilten) mit dem Beschluss über die Vertagung der Debatte auseinander.

In dieser Situation hochgradiger gesellschaftlicher Spannungen wurde sodann für den 19.10.1956 die VIII. Tagung des ZK der PVAP einberufen. Unmittelbar vor der Plenartagung des ZK war die Atmosphäre in Warschau in höchstem Maße explosiv. Nachrichten über Bewegungen sowjetischer (und polnischer) Truppen in Richtung Warschau verbreiteten sich in Windeseile, Belegschaften von Betrieben forderten die Ausgabe von Waffen zur Verteidigung. Gearbeitet wurde in diesen Tagen kaum vor Versammlungen, Manifestationen u. a. Formen der Bekundung äußerster Beunruhigung und Unterstützung der die Unabhängigkeit des Landes fordernden Kräfte.

In Moskau wurden derweil auf der Grundlage von Berichten der sowjetischen Botschaft in Warschau die Entwicklungen in Polen mit großer Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt, ohne dass sich die Führungsspitze der KPdSU ein eindeutiges Bild machen konnte.^[9] Die Führung der KPdSU beschloss daher, noch vor dem Beginn des bevorstehenden Plenums eine Delegation unter Leitung von Chruschtschow zur "Klärung" der Angelegenheiten nach Warschau zu entsenden und verband dies mit dem Vorschlag, das Plenum zu verschieben. Dies wurde am Vorabend der geplanten Eröffnung der Beratungen durch die sowjetische Botschaft der PVAP-Führung mitgeteilt, was von dieser umgehend mit dem Hinweis darauf, dass dies die polnisch-

sowjetischen Beziehungen weiter komplizieren könne, abgelehnt wurde. Polnischerseits wurde gebeten, den Besuch auf den Tag nach der Beendigung des Plenums zu verschieben. Ungeachtet dessen kündigte die KPdSU-Führung ihren Besuch für den nächsten Tag an.^[10]

Am frühen Morgen des 19. 10.1956 wurde, wie geplant, die VIII. Tagung des ZK der PVAP mit der Mitteilung, dass wegen der Anreise der sowjetischen Delegation die ZK-Tagung zeitweilig unterbrochen wird, eröffnet. Es wurden lediglich einige Kaderfragen behandelt, nämlich die Kooptierung der Genossen Gomułka, Kliszko, Loga-Sowiński und Spychalski als Mitglieder des ZK und die Information, dass das Politbüro beschlossen habe, dem Plenum den Genossen Gomułka zur Wahl als Ersten Sekretär des ZK der PVAP vorzuschlagen.^[11] Danach begab sich das gesamte Politbüro des ZK der PVAP, einschließlich des Genossen Gomułka, zum Empfang der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation auf den Flugplatz, wo sich die polnischen Genossen mit einer sehr ungewöhnlichen Situation konfrontiert sahen. Chruschtschow begrüßte nach dem Verlassen des Flugzeugs, die polnischen Genossen zunächst ignorierend, herzlich die zum Empfang erschienenen sowjetischen Generäle und den polnischen Verteidigungsminister Marschall Rokossowski, und wandte sich dann an die polnische Parteiführung, insonderheit an den Genossen Ochab, dem er lautstark und mit drohendem Finger verkündete, dass "diese Nummer nicht läuft" ("этот номер не пройдет")^[12]. Und noch auf dem Weg vom Flugplatz in die Stadt forderte Chruschtschow die Verschiebung des Plenums, was jedoch die polnische Seite kategorisch ablehnte.

In seinem Bericht über das Gespräch mit dem Außenminister der Volksrepublik China Tschou En-lai im Januar 1957 schilderte Gomułka den Beginn der Gespräche der Delegationen der VRP und der UdSSR am 19.10.1956 im Schloss Belvedere wie folgt: "Nachdem wir uns im Schloss Belvedere zusammengesetzt hatten, erklärte Genosse Chruschtschow sofort: »Wir sind entschlossen, uns brutal in eure Angelegenheiten einzumischen und es nicht zu einer Realisierung eurer Vorhaben kommen zu lassen«. Gegen dieses Diktat antwortete ich ihm, dass wir nicht weiter miteinander reden werden, wenn er nicht diesen Revolver vom Tisch nimmt, d. h. wenn er seine Drohungen nicht zurücknimmt. Ich fragte ihn, ob sie gekommen seien, um uns zu verhaften. Chruschtschow erklärte, dass er dies nicht gesagt habe und es solche Absichten auch nicht gäbe, aber die KPdSU ist zur Intervention, zur Verteidigung der Interessen der Sowjetunion entschlossen. Aber ungeachtet der Fragen präziserte er nicht, was eine sowjetische Intervention in Polen begründen sollte und worin die Bedrohung der sowjetischen Interessen bestünde. Er erwähnte nur allgemein, dass es um die Sicherung der Durchgangswege durch das polnische Territorium zu ihrer Besatzungszone in Deutschland ginge."^[13]

Ohne hier auf weitere Einzelheiten eingehen zu können, verliefen die Gespräche insgesamt in einer sehr aufgeheizten Atmosphäre (einer der damaligen Zeitzeugen berichtet, dass, im Nebenraum der streng abgeschirmten Verhandlungen auf deren Ende wartend, die dort anwesenden Mitarbeiter immer nur berichten konnten: "jetzt schreit gerade Chruschtschow", "jetzt Gomułka")^[14]. Nach mehrstündigen intensiven Beratungen, während derer u.a. der Befehl zur Rückkehr der sowjetischen Militäreinheiten in ihre Kasernen gegeben und ausführliche weitere Beratungen in Moskau vereinbart wurden, trat die sowjetische Delegation die Rückreise nach Moskau an. In den, wie vereinbart, im November 1956 in Moskau ernsthaften und sachlichen Verhandlungen wurden für die Zukunft der polnisch-sowjetischen Beziehungen grundlegend wichtige Ergebnisse erzielt. Beide Seiten bekräftigten ihre Entschlossenheit, auf der Grundlage der kurz zuvor veröffentlichten Erklärung der Regierung der UdSSR^[15] das Prinzip der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Partner strikt zu beachten. Beschlossen wurde, Schulden der VRP, die aus nicht gleichberechtigten Wirtschaftsbeziehungen resultierten, ersatzlos zu streichen. Und schließlich wurde vereinbart, die

sowjetischen Militärberater und Offiziere, darunter auch den Verteidigungsminister der VRP Rokossowski, abzuberufen sowie ein Abkommen über die Stationierung sowjetischer Truppen in Polen und ihren rechtlichen Status abzuschließen.^[16]

Das VIII. Plenum des ZK der PVAP setzte nach der Abreise der sowjetischen Delegation seine Beratungen bis zum 21.10.1956 fort. Zum Abschluss der Beratungen wurde Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP gewählt. Kurz darauf, am 24.10.1956, fand auf dem Platz vor dem Warschauer Kulturpalast jene berühmte Massenkundgebung statt, auf der Gomułka, enthusiastisch von den Kundgebungsteilnehmern begrüßt, die Beschlüsse des VIII. Plenums bekannt gab und erläuterte. Er schloss seine Rede mit den oft zitierten Worten: "Genug der Versammlungen und Manifestationen! Es ist nun Zeit, an die tagtägliche Arbeit zu gehen!"

Ohne auf weitere Einzelheiten und Gegebenheiten der Entwicklung in der VRP in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1956 eingehen zu können, kann zusammenfassend festgestellt werden, dass der "Polnische Oktober" einen entscheidenden Umbruch in der Geschichte der Volksrepublik Polen markiert. Aus meiner Sicht wird dies vor allem an vier Entwicklungslinien deutlich.

Den wohl wichtigsten, sichtbarsten und von der polnischen Öffentlichkeit auch mit großer Zustimmung, ja Enthusiasmus aufgenommenen Umbruch gab es in der grundlegenden Veränderung der Haltung der reformerischen Kreise in der Führung der PVAP, die in den Auseinandersetzungen des Jahres 1956 die Oberhand gewannen, zur Frage der nationalen Unabhängigkeit und des Rechtes auf eigenständige Entscheidungen von nationalem Belang. Sie erwiesen sich als fähig, sich in einer sehr kritischen Situation, auch angesichts offener Drohungen, im Namen der polnischen Staatsräson, wie sie sie verstanden, sowjetischem Druck nicht zu beugen und das Recht polnischer Machtorgane zur selbstständigen Entscheidung über Angelegenheiten des Landes einzufordern und durchzusetzen^[17]. An dieser neuartigen Situation änderte sich in der Folgezeit grundsätzlich wenig, wenn man die von Polen zur Zeit der Existenz der Volksrepublik nie in Zweifel gezogene Zugehörigkeit zum sowjetisch dominierten Blocksystem und die sich daraus ergebenden Bündnisverpflichtungen in Rechnung stellt. Die neue, aktive Rolle Polens in den internationalen Beziehungen (Rapacki-Plan, Gomułka-Plan und vielfältige Initiativen in Richtung europäische Sicherheit^[18]) belegen die Unumkehrbarkeit des 1956 vollzogenen grundsätzlichen Wandels.

Von großer Bedeutung war die 1956 vollzogene und dauerhafte Abkehr von dem sowjetischen Modell der Lösung der Eigentumsfrage beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Die begonnene Zurückdrängung des privaten Eigentums in der Landwirtschaft wurde vollständig rückgängig gemacht, das private bäuerliche Eigentum an Grund und Boden und die einzelbäuerliche Bewirtschaftung desselben wurden zu einer unverrückbaren Konstante der Wirtschaftspolitik in der Volksrepublik Polen.

Des weiteren wandelte sich grundsätzlich und dauerhaft das Verhältnis der Staatsmacht zur Religion und zur katholischen Kirche. Die noch 1956 ermöglichte Rückkehr des Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Wyszyński, nach Warschau und die Wiederaufnahme seiner Funktion als kirchliches Oberhaupt signalisierten eine völlig neue Sicht auf die religiös gebundenen Bürger des Landes (und ihrer Kirche) als potenzielle Partner bei der Gestaltung einer neuen Gesellschaft. In der Folgezeit fanden mehrere offene, intensive Gespräche zwischen Gomułka und Kardinal Wyszyński statt, die diesen Wandel in den Beziehungen zwischen der Staatsmacht (sowie der führenden PVAP) und der katholischen Kirche Polens sichtbar belegen.^[19]

Einschneidende Wirkungen hatte die bereits vor 1956 begonnene, seit dieser Zeit sich jedoch zu einer dauerhaften Konstante entwickelnde Liberalisierung aller nichtpolitischen Bereiche des öffentlichen Lebens, also insbesondere Kunst und Kultur, Wissenschaft usw. usf. Ungeachtet eines

zeitweilig scharfen Kampfes gegen den "Revisionismus", nicht nur in der Politik, sondern auch z. B. in der Philosophie (bis hin zum Ausschluss Leszek Kołakowskis aus der PVAP 1966), trotz zeitweilig harter Auseinandersetzungen im und mit dem Bereich des literarischen Schaffens und in den darstellenden Künsten, erwiesen sich die 1956 eingeleiteten Veränderungen als dauerhaft. Der Anspruch auf ein weltanschauliches Monopol der herrschenden Partei war gebrochen, in den Bereichen der Kultur und der Wissenschaft entwickelten sich unaufhaltsam pluralistische Tendenzen, die in Ansätzen trotz der Betonung des Prinzips der ungeteilten Macht durch die PVAP bis hinein in das Politische wirkten (Rolle der Kirche, der katholische Intelligenz [PAX]).

Über Ausmaß, Wirkungsweise und Bereiche des Wirkens dieser Veränderungen gibt es unter polnischen Gesellschaftswissenschaftlern, Publizisten und Intellektuellen sehr unterschiedliche Einschätzungen. Bedauerlicher Weise sind viele davon jedoch sehr direkt erkennbaren Zielen der politischen Auseinandersetzungen um die Einschätzung der Zeit der Volksrepublik und ihre Rolle in der Geschichte Polens untergeordnet. Weitestgehend einig ist man sich jedoch über die Tatsache, dass das Jahr 1956 der Beginn einer gründlichen und dauerhaften Destalinisierung der polnischen Gesellschaft ist. [\[20\]](#)

Gestützt auf sehr prononciert und streitbar vorgetragene Thesen von Andrzej Walicki in seinem 1993 in der „Res Publica“ (Nr. 3) veröffentlichten Aufsatz „Demony PRL“ kommt Czesław Madajczyk zu der weitgehenden Einschätzung, dass es nach dem Oktober 1956 den Übergang zu einer posttotalitären und de facto nichtkommunistischen Version des realen Sozialismus gab, dass "ein Prozess der Detotalitarisierung und faktischen, wenn auch langsamen und inkonsequenten, Dekommunisierung einsetzte". [\[21\]](#)

Ähnlich, etwas stärker auf Details eingehend, urteilt der bekannte polnische Publizist Krzysztof Toeplitz. In einem sehr lesenswerten Aufsatz unter dem Titel "Die Chancen des Oktober" schrieb er:

" Die Geschichte hat, wie ich meine, hinreichend objektiv bewertet, was im polnischen Leben vom Oktober 1956 real verblieben ist. So blieb von ihm unzweifelhaft die Erweiterung des zwar auch weiterhin in gewisser Weise bescheiden verbleibenden Bereichs der Souveränität gegenüber der UdSSR, deren Ausdruck etwa die Zurückziehung der sowjetischen Spezialisten und Berater aus dem Sicherheitsdienst und der sowjetischen Berater aus der polnischen Armee war. Es gab die Stärkung der Stellung der katholischen Kirche, die seither niemand mehr als Gegner betrachtete, sondern als stabilen politischen Faktor, mit dem man zusammenarbeiten und gegenseitige Beziehungen gestalten muss. Es wurde definitiv die Frage der AK [Landesarmee - E.M.] sowie der Repressionen oder nur des Misstrauens gegenüber ihren ehemaligen Angehörigen abgeschlossen. Es gab die Sicherung der Stabilität der individuellen bäuerlichen Wirtschaft, ohne den in der vorhergehenden Periode vorhandenen Gedanken der Kollektivierung. Und es gab schließlich die sehr dezidierte Abkehr von einer restriktiven Kulturpolitik, den Verzicht auf die Doktrin des sozialistischen Realismus als einzig verbindlicher sowie die Anerkennung dessen, dass nicht alle Äußerungen künstlerischer Kreativität unmittelbare politische Implikationen in sich tragen müssen. Dank dessen wurde Polen wohl das einzige Land im Block sozialistischer Staaten, in dem sich eine nicht eingeschränkte Entwicklung der abstrakten Malerei und moderner Musik , die früher und anderswo als formalistisch, ja gar feindlich bewertet wurden, vollzog, und wo es schließlich einen kontrollierten, aber ziemlich breiten Zustrom von Literatur, Filmen und Theaterdramaturgie aus dem Westen gab. Dies alles bewirkte nach Jahren, dass Polen sich besser auf den Dialog mit dem sich vereinigenden Europa vorbereitet fand, als viele andere Länder des Ostens. Im weitesten Sinne kann man auch sagen, worin sich die Mehrzahl der objektiven Historiker einig ist, dass der Oktober 1956 das Ende des totalitären Systems in Polen war. Die weitere Entwicklung des realen Sozialismus in unserem Lande kann man auf

verschiedenste Weise definieren, aber schon nicht mehr als kommunistischen Totalitarismus."[\[22\]](#)

*

War, wie gezeigt werden konnte, der Herbst 1956 für Polen innenpolitisch eine der wichtigsten Zäsuren in der Geschichte der VRP mit weitreichenden Folgen, so kann dem mit Fug und Recht hinzugefügt werden, dass dies auch für die Position Polens im internationalen Umfeld voll und ganz zutrifft. Ist den innenpolitischen Entwicklungen, wie die kaum noch zu überblickende Literatur zu diesem Gegenstand, und dies sowohl in Polen selbst wie auch im internationalen Maßstab, belegt, unter den verschiedensten Blickwinkeln breiter Raum gewidmet worden, so treten die internationalen Dimensionen und Folgen der polnischen Krise im Herbst 1956 nach meinem Überblick, ungeachtet der auch vorhandenen Fülle von Publikationen zu vielen Aspekten dieses Problemkreises, doch deutlich hinter dem erstgenannten Forschungsfeld etwas in den Hintergrund. Ohne hier weiter darauf einzugehen, seien nur auf zwei sehr interessante, einen komprimierten Überblick vermittelnde Veröffentlichungen verwiesen. Jan Rowiński, inzwischen emeritierter Professor der Universität Warschau, hat, in Zusammenarbeit mit Tytus Jaskułowski, 2006 einen sehr lesenswerten Sammelband kompetenter Autoren zur Rolle des "Polnischen Herbstes 1956" in der Politik europäischer Länder und der USA (bis hin zur NATO) herausgegeben, der die internationale Dimension des Geschehens beleuchtet.[\[23\]](#)

Relativ neu auf dem Markt ist eine weitere Publikation, auf die besonders hinzuweisen ist, da sie u. a. erst in jüngster Zeit deklassifizierte ehemals streng geheime US-amerikanische Quellen auswertet. Der an der Universität in Wrocław wirkende Professor Jakub Tyszkiewicz hat Ende 2015 eine außerordentlich faktenreiche Gesamtübersicht über die Außenpolitik der USA gegenüber Polen von 1945 bis 1988 vorgelegt. Unter dem Titel "Rozbijanie Monolitu" (Zerschlagung des Monolithen) wird das auf lange Sicht angelegte Wirken der USA (und ihrer Verbündeten) zur Destabilisierung des sich um die UdSSR entwickelnden Bündnissystems und die dafür der Volksrepublik Polen zugeordnete und gezielt geförderte Rolle von den konzeptionellen Ausgangspositionen bis hin zu den konkreten Aktivitäten präzise und eindrucksvoll nachgezeichnet. Kurzum: eine erstrangige Quelle für das Verstehen bestimmter Aspekte des Kalten Krieges gegen den Sozialismus.[\[24\]](#)

Als bekannt ist vorauszusetzen, dass die sich zur Führungsmacht des "Westens" berufen fühlenden USA bereits unmittelbar nach Beendigung des II. Weltkrieges umfangreiche Aktivitäten zur Einschränkung und Zurückdrängung des gewachsenen Einflusses der UdSSR auf das internationale Geschehen entwickelten. Innerhalb relativ kurzer Zeit wurde in den USA ein breites Spektrum von Planungs-, Beratungs- und direkten Aktionsinstitutionen zur Konzipierung und Realisierung des Kampfes gegen die Sowjetunion und das sich in ihrem unmittelbaren Einflussgebiet herausbildende Bündnissystem volksdemokratischer Staaten, in der US-Terminologie durchweg als "satellite area" bezeichnet, geschaffen. Dazu gehörten neben der CIA u.a. das Vereinte Komitee der Stabschefs (JCS), das Büro für Osteuropäische Angelegenheiten (Office of Eastern European Affairs), der Stab für Politikplanung (Policy Planning Staff), der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council), der Ausschuss für psychologische Strategie (Psychological Strategy Board), das Büro für Politikkoordination (Office for Policy Coordination), um nur einige der wichtigsten zu nennen. Deren Aufgabe bestand darin, aus den Ergebnissen von Aktivitäten miteinander konkurrierender Spionage- und Diversionsdienste Varianten zur Beschlussfassung der USA-Administration für Leitlinien der Politik bis hin zur Festlegung von Kriegszielen zu erarbeiten und erzielte "Erfolge" zu analysieren. Eine besonders hervorzuhebende Rolle spielte in diesem komplizierten Geflecht der "National Security Council" (NSC), dessen geheime Empfehlungen inzwischen weitgehend öffentlich zugänglich sind und so

einen sehr informativen Einblick in die US-amerikanische Politik des Kalten Krieges gegen die UdSSR und die mit ihr verbündeten Staaten Europas ermöglichen. [\[25\]](#)

Bis zur Mitte der 1950er Jahre wurde dabei, mit Ausnahme Jugoslawiens nach 1948, kaum einzelnen der osteuropäischen Volksdemokratien eine spezifizierte Aufmerksamkeit zuteil. Sie spielten bestenfalls eingebettet in die Diskussionen und Empfehlungen für die Gestaltung der Politik gegenüber der UdSSR eine Rolle. Noch im Jahr 1953 wurde in gewissem Sinne als übergreifende Leitlinie für die Politik der USA formuliert: "Es liegt im nationalen Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten, eine Politik des entschlossenen Widerstands gegen den dominanten sowjetischen Einfluss auf die Satelliten in Osteuropa zu verfolgen und die letztendliche Ausschaltung dieses Einflusses anzustreben. Dementsprechend sind geeignete politische, wirtschaftliche, propagandistische und verdeckte Maßnahmen erforderlich, um für die UdSSR hinderliche Probleme zu schaffen und auszunutzen, die Kontrolle in den Satelliten zu erschweren und das Anwachsen des militärischen und wirtschaftlichen Potenzials des Sowjetblocks zu behindern." [\[26\]](#)

Selbst die von der USA-Botschaft unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU nach Washington berichteten ersten deutlichen Anzeichen eines "Tauwetters" in Polen wurden in den USA anfangs äußerst skeptisch aufgenommen. Ende März 1956 rang sich der NSC lediglich zu der Formulierung des Zieles durch, "lebendige Hoffnung" auf Befreiung der "unterworfenen" Gesellschaften im sowjetischen Einflussbereich mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, vor allem über die sehr aktiven Radiosendungen des Senders "Free Europe". [\[27\]](#) Selbst die weltweit mit Aufmerksamkeit wahrgenommenen Ereignisse der Arbeiterrevolte im Juni 1956 in Poznań änderten daran zunächst wenig.

Erst die krisenhaften Entwicklungen in Ungarn und Polen im Herbst 1956 gaben den Anstoß dafür, diesen beiden Ländern eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere die sich nach dem VIII. Plenum des ZK der PVAP in Polen geradezu überschlagenden Ereignisse fanden in einem Zwischenbericht des NSC vom 19.11.1956 (unter dem Titel "Interim U.S. policy on developments in Poland and Hungary") ihren Niederschlag wie folgt: "Unser Ausgangsziel gegenüber dem osteuropäischen Satelliten-Gebiet war, als erster Schritt in Richtung schließlicher voller nationaler Unabhängigkeit und Freiheit, die Herausbildung "nationaler" kommunistischer Regierungen anzuregen und zu fördern. [...] Die Entwicklungen in Polen erscheinen förderlich für die Erreichung dieses Zieles. Die Gomułka-Regierung hat ihre "nationale Unabhängigkeit und Gleichberechtigung" proklamiert und ihr Recht, einen eigenen Weg zum "Sozialismus" zu verfolgen, geltend gemacht." [\[28\]](#) Mit großer Genugtuung wird darin zugleich festgestellt, dass die gerade beobachteten Entwicklungen eine Zunahme der starken antirussischen und antikommunistischen Stimmungen der Bevölkerung vertieft hätten. Als Empfehlung wird u. a. formuliert, dass es anzustreben sei, bei Umgehung direkter Unterstützung der Gomułka-Regierung dahingehend zu wirken, dass die neuen polnischen Führungskräfte ihre der Bevölkerung gegebenen Reformversprechen einhalten, was die U.S.- Ziele befördern werde.

In Verfolg dieser vom NSC beschlossenen Politikempfehlungen wurde gegenüber der polnischen Regierung die Bereitschaft der USA signalisiert, ungeachtet der Rechtslage der USA, die u. a. den Handel mit kommunistischen Ländern strikt untersagte, der neuen polnischen Führung unmittelbare wirtschaftliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Am 5.1.1957 wurde in diesem Sinne gegenüber dem stellv. polnischen Außenminister Winiewicz erklärt, dass die amerikanische Administration formell beschlossen habe, "dass die Polen nicht eine Nation sind, die dominiert oder kontrolliert wird durch eine fremde Regierung oder eine die kommunistische Weltbewegung kontrollierende Organisation. Daher wird es als möglich betrachtet, der VRP überschüssige

landwirtschaftliche Produkte zu verkaufen."^[29] Bereits einen Monat später wird seitens der USA auf der Grundlage der faktischen Gleichsetzung Gomulka mit Tito Polen der offizielle Status eines "befreundeten Landes" zuerkannt.^[30] Ohne die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen und vor allem der kulturellen Beziehungen hier im Detail nachzeichnen zu können, sei es gestattet, hier einen kurzen Auszug aus den "Allgemeinen Erwägungen" eines weiteren Dokumentes des NSC vom 16. April 1958 zur "U.S. Politik gegenüber Polen" zu zitieren. Unter der unverfänglich erscheinenden Überschrift "U.S. Interest in Poland" heißt es dort in dem einführenden ersten Paragraphen: "Die kommunistische Natur des Gomulka-Regimes und seine enge Verbindung mit der UdSSR aus ideologischen und geopolitischen Gründen (einschließlich Mitgliedschaft im Warschauer Pakt) verhindern das Erreichen eines wirklich unabhängigen Polen in der vorausschaubaren Zukunft. Ungeachtet dessen dient die eingeschränkte Unabhängigkeit, die seit der Etablierung des Gomulka-Regimes im Oktober 1956 durch Polen erreicht wurde, den U.S. Interessen durch a) die Tendenz zur Schwächung des monolithischen Charakters des Sowjet-Blocks; b) das Anfechten der behaupteten Universalität bestimmter Aspekte des Sowjet-Kommunismus; c) einen Beitrag zum Gärungsprozess (Ferment) in Osteuropa und d) Schaffung neuer Möglichkeiten, Einflüsse des Westens nach Polen zu projizieren. Wegen des Einflusses, den sein Beispiel auf andere kommunistische Nationen in Osteuropa ausübt, wird Polens Fähigkeit, seine gegenwärtige Semi-Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten, zu einem Schlüsselfaktor für die Beeinflussung zukünftiger politischer Entwicklungen in diesem Raum."^[31]

An der Realisierung dieser Richtlinien wurde seitens der USA-Behörden in der Folgezeit konsequent gearbeitet. Allein in den ersten drei Quartalen 1958 wurden für Bürger der VRP 1300 Einreise-Visa erteilt, d. h. zwei Mal mehr als für jeden anderen kommunistischen Staat.^[32] Zeitgleich gelang es der US-Administration, bereits im Februar 1958 ein bedeutsames Abkommen mit der VRP über einen intensiven "Informationsaustausch" abzuschließen, wofür seitens der USA jährlich über eine Million Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Seitens der USA-Botschaft in Warschau wurde zusätzlich in einer Auflage von 30000 Exemplaren das regelmäßig erscheinende Magazin "Amerika" in Umlauf gebracht, das den Polen "ein Bild der USA als ein Land politischer Freiheiten und der Demokratie, technisch und zivilisatorisch entwickelt, über ein enormes wissenschaftliches Potenzial und differenzierte Kultur verfügend" nahe bringen sollte.^[33]

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Sitzung des "European Satellite Committee" (Europäischen Satelliten Komitees), eines unter den Auspizien der CIA beratenden Gremiums von "Ostexperten", am 19. 11. 1958. In den Schlussfolgerungen dieser Beratung heißt es u. a. lakonisch: "Wir brauchen ein offenes Fenster zum Sowjet-Block – Warschau ist dafür wie bisher der beste Platz."^[34]

Die Folgen dieser "umsichtigen" Politik, die bis hinein in die 80er Jahre mit jeweils unterschiedlicher Intensität, aber doch konsequent und der jeweiligen Situation angepasst, verfolgt wurde, sind nicht zu unterschätzen. Es ist mit dieser langfristig angelegten Politik, in deren Umsetzung auch die meisten der engen Verbündeten der USA einbezogen wurden, gelungen, vor allem innerhalb der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz der VRP eine zunehmende Ausrichtung auf die Akzeptanz der sog. "westlichen Werte" zu erzielen. Somit entstand über einen langen Zeitraum hinweg ein nicht zu unterschätzendes kritisches Potenzial, gewissermaßen ein Resonanzboden für auf die Unterminierung der gesellschaftlichen Strukturen und kritische Distanz gegenüber den politisch-ideologischen Grundlagen sowie der Verfassungsordnung der Volksrepublik Polen gerichteten Einflüssen und Aktivitäten aus den imperialistischen Staaten des Westens. Es entwickelte sich, wie bekannt, in einem längeren Prozess eine im Vergleich zu anderen Staaten des Warschauer-Vertrags-Systems deutlich besser organisierte und über einen zunehmenden Einfluss in der Gesellschaft verfügende politische Opposition, deren Vertreter sich

schließlich mit aktiver Unterstützung des Westens^[35], darunter nicht zuletzt der katholischen Kirche, mit der entstehenden Solidarność-Bewegung vereinigten und deren Programmatik, Strategie und Taktik maßgeblich mit bestimmten, wie sich 1989 mit dem "Runden Tisch" und der nachfolgenden "Transformation" zeigte.

[Alle Zitate aus fremdsprachlichen Quellen übersetzt vom Vf.]

-
- [1] Der vorliegende Vortrag lehnt sich in einzelnen Teilen an eine 2006 publizierte Veröffentlichung zum Thema "Polnischer Oktober" an. Detailliertere Aussagen zu hier nur sehr verkürzt angedeuteten Problemstellungen sind dort in erweiterter Form enthalten. Siehe: Mehls, Eckart: Tauwetter und Hochwasser - der Polnische Oktober 1956. In: Prokop, Siegfried (Hrsg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956. (Edition Zeitgeschichte, Bd. 41). Berlin (Kai Homilius -Verlag) 2006, S. 96 – 114
- [2] Diesen in Polen vielfach beschriebenen Prozess der "Stalinisierung" beschreibt in überzeugend sachlicher Weise Andrzej Werblan, über lange Zeit hochrangiger Funktionsträger der PVAP, in seinem Buch "Stalinizm w Polsce", Erstauflage 1991, erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage Warschau 2009.
- [3] Ausführlich dazu: Paczkowski, Andrzej: Pól wieku dziejów Polski 1939 – 1989. Warszawa 1996. (Im Folgenden: Paczkowski, Pól wieku...), S. 299
- [4] Ptasieński, Jan: Drugi zwrot: Gomułka u szczytu powodzenia. Warszawa 1988. S. 7
- [5] Andrzej Werblan: Przeciek Chruszczowa. Którędy dotarł na Zachód tajny referat o zbrodniach Stalina? In: Tygodnik "Przegląd", Nr. 9/ 2006 (27.2.2006)
- [6] Zu neueren Wertungen zu den im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte kaum noch zu überblickenden Veröffentlichungen über die Arbeiterrevolte in Poznań vgl.: Jastrząb, Łukasz: Koniec mitu Czerwca '56. In: Tygodnik "Przegląd" 2016/ 26. S. 32 ff.; Machcewicz, Paweł (im Gespräch mit Mirosław Maciorowski): Poznań '56. Wybuch w Poznaniu. <http://wyborcza.pl/alehistoria/1,153063,20300952,poznan-56-wybuch-w-poznaniu.html>; D 160627. ;
- [7] Vgl. die instruktive Schilderung zum Verlauf der VII. Tagung des ZK der PVAP in: Codogni, Paulina: Rok 1956. Warszawa [2006] (Im Folgenden Codogni: Rok 1956). S. 219 ff.
- [8] So eingeschätzt im Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU „Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“ v. 30.6.1956, in: Neues Deutschland (B), 3.7.1956
- [9] Vgl.: SSSR i Pol'sha: oktjabr' 1956-go goda. In: Istoriceskij archiv. 1996/5-6, S. 178 - 191
- [10] Tajne dokumenty Biura Politycznego. PRL – ZSSR. 1956 – 1970. (Wstęp Andrzeja Paczkowskiego). London 1998. (Im Folgenden: Tajne dokumenty...). Dokument nr 1: Relacja Władysława Gomułki z rozmów polsko-radzieckich 19 października 1956 r. w Belwederze, wygłoszona w czasie spotkania z Czou En-laiem w Warszawie w styczniu 1957 r. S. 8
- [11] Siehe Czubiński, Antoni: Dzieje najnowsze Polski - Polska Ludowa (1944-1989). Poznań 1992. S. 309; Ausführlich zum VIII. Plenum auch: Codogni: Rok 1956, S. 238 - 273
- [12] Tajne dokumenty, S. 8
- [13] Ebenda, S. 9
- [14] Dies berichtet u.a. Toeplitz, Krzysztof T.: Szanse Października. In: Polska pod Rządami PZPR. Praca zbiorowa pod redakcją M.F. Rakowskiego. Warszawa 2000. S. 195 (Im Folgenden: Toeplitz: Szanse Października...)
- [15] "Erklärung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Grundlagen der Entwicklung und der weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten" vom 30.10.1956
- [16] Tajne dokumenty...: Dokument nr 2: Rozmowy polsko-radzieckie w Moskwie w dniach 14-18 listopada 1956 r. S. 13 -29
- [17] Vgl.: Wiatr, Jerzy J.: PZPR w pojałtańskiej rzeczywistości. In: Polska pod rządami PZPR. S. 302 - 304

- [18] Ausführlich dazu: Dobrosielski, Marian: O miejsce Polski w Europie (1956 – 1970). In: Władysław Gomułka i jego epoka. Praca zbiorowa pod redakcją Eleonory Salwa-Syzdek i Tadeusza Kaczmarka. Warszawa 2005. S. 48 - 61
- [19] Siehe: Rozmowa Sekretarza KC PZPR Władysława Gomułki z prymasem Polski ks. kard. Stefanem Wyszyńskim w dniu 11 stycznia 1960 roku (zapis magnetofonowy). In: Władysław Gomułka i jego epoka. S. 272-323
- [20] Audrücklich erwähnt sei, dass auch A. Paczkowski konstatiert, dass mit dem "Polnischen Oktober" die schrittweise Abkehr vom Stalinismus vollzogen wurde. Die mit dem Oktober 1956 eingeleiteten Veränderungen seien von einem bedeutenden Teil der Gesellschaft als weit mehr als ein "Kurswechsel" und "Wechsel der Mannschaft" empfunden worden, als eine weit gehende und unumkehrbare Umgestaltung des gesamten Systems. (Pól wieku, S. 305)
- [21] Madajczyk, Czesław: Klerk czy intelektualista zaangażowany? Poznań 1999, S. 444.
- [22] Toeplitz: Szanse Października... S. 200 f.
- [23] Polski październik 1956 r. w polityce światowej. Red. Jan Rowiński przy współpracy Tytusa Jaskułowskiego. Warszawa (PISM) 2006. [Kurz darauf in englischer Übersetzung: The Polish October 1956 in World Politics. Ed. by Jan Rowiński (In cooperation with Tytus Jaskułowski.). Warsaw (PISM) 2007.]
- [24] Tyszkiewicz, Jakub: Rozbijanie monolitu. Polityka Stanów Zjednoczonych wobec Polski 1945 – 1988. Warszawa (PWN) 2015. (Im Folgenden: Tyszkiewicz-Rozbijanie)
- [25] Einen sehr instruktiven Überblick über die Anfänge der USA-Kriegsplanungen geben Greiner, Bernd / Steinhaus, Kurt.: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation. Köln (Pahl-Rugenstein Verlag) 1980.
- [26] Statement of Policy Proposed by the National Security Council on United States Policy Toward the Soviet Satellites in Eastern Europe (NSC 174, §9./ 11.12.1953) <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1952-54v08/d51>; Download 160718
- [27] Tyszkiewicz – Rozbijanie, S. 100
- [28] INTERIM U.S. POLICY ON DEVELOPMENTS IN POLAND AND HUNGARY. NSC 5616/2. §§ 1,2 <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1955-57v25/d196>; Download 160529
- [29] Tyszkiewicz, Rozbijanie...S. 115
- [30] Ebenda
- [31] U.S. Policy Toward Poland. NSC 5808/1.v. 16.4.1958. <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1958-60v10p2/d46>; Download 160705
- [32] Tyszkiewicz, Rozbijanie... S. 149
- [33] Derselbe, S. 170.
- [34] Derselbe, S. 149
- [35] Die Vielfalt und konkrete Zahlen allein für die direkte materielle und finanzielle "Hilfe" teils offizieller und teils "getarnter" Stellen und Organisationen für die Opposition in der VRP lässt sich wahrscheinlich nie exakt ermitteln. Allein von der 1983 in den USA gegründeten (und berüchtigten) "National Endowment for Democracy" flossen nach Schätzungen zwischen 1984 und 1988 mindestens 10 Millionen Dollar nach Polen, die Gesamtheit der "Hilfen" für die polnische Opposition betrug ein Mehrfaches dieser Summe. Vgl. Tyszkiewicz, Rozbijanie... S. 515 ff.

Veranstaltungen des Arbeitskreises, November 2016-Mai 2017

Sonnabend, 19. November **Konferenz:**
„Europa“ und die revolutionäre Arbeiterbewegung

Vorträge:

Prof. Dr. Heinz Karl (Berlin)

„Europa“ in der Sicht der revolutionären Arbeiterbewegung (vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg)

Dr. Andreas Wehr (Berlin)

Geschichte und Wirklichkeit der EU

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57
 (Nähe Regional-, S- u. U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag, 26. Januar Die geschichtliche Rolle der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung im Zerrspiegel bürgerlicher Geschichtspolitik.
 Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl

Sonnabend, 18. Februar **Konferenz:**
Oktoberrevolution 1917 – wichtigste Zäsur des 20. Jahrhunderts.
 (Einladende, Tagungsort, Tagungszeit und Regularien wie am 19. November 2016)

Donnerstag, 9. März Von der Moskauer Außenminister-Konferenz 1947 zur „Stalin-Note“ 1952. Chancen und Blockaden zur Lösung der deutschen Frage.
 Einführung: Prof. Dr. Siegfried Prokop

Donnerstag, 13. April Der Rapallo-Vertrag 1922 und die Lehren von 95 Jahren für das Verhältnis Deutschlands zu Russland.
 Einführung: Dr. Reiner Zilkenat

Donnerstag, 18. Mai Die Antifaschistische Aktion 1932 und ihre aktuellen Lehren.
 Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Pilipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79
 Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74